

# Exklusiv-Interview mit dem tschechischen Botschafter, Boris Lazar

*55,2 % der Bürger Tschechiens haben sich am Referendum für den EU-Beitritt Tschechiens beteiligt. Davon haben, laut Pressemeldungen, 77,3 % mit Ja gestimmt. Warum hat die Bevölkerung Ihres Landes ein eher zurückhaltendes Votum für den EU-Beitritt abgegeben?*

Ich verstehe nicht, wie man eine solche Vermutung äußern kann. Am Referendum über den Eintritt in die EU haben mehr Tschechen teilgenommen, als es bei den Bundesbürgern bei den Wahlen ins Europäische Parlament der Fall war. Dieses Referendum war ein unerwartet eindeutiges Votum für Europa.

*Welches waren – in der Rückschau – die bedeutsamsten Veränderungen in Ihrem Land nach dem Sieg des tschechischen Volkes über den Totalitarismus Ende der achtziger Jahre? Und welche „Träume“ von damals haben sich nicht erfüllt?*

Aristoteles hat einmal gesagt, der Mensch sehnt sich von Natur aus nach der Erkenntnis. Der postmoderne Mensch sehnt sich nach zwei Errungenschaften, die sich aber widersprechen: Freiheit und Sicherheit. Die bedeutsamste Veränderung nach dem Fall des Totalitarismus war die zurückgewonnene Freiheit. Einige bejammern jetzt Verlust der Sicherheit, wobei sie vor allem soziale Sicherheit meinen.

*In den letzten Jahren haben die Investitionen durch ausländische Firmen in Tschechien deutlich*

*zugenommen. Ein wirklich umfangreicher Kapital- und Warenverkehr hat sich entwickelt. Welche Bedeutung spielen dabei Kooperationen von Firmen und Institutionen im tschechisch-deutschen Grenzgebiet, also praktische Entwicklungsprojekte, wie z. B. der Ausbau der Infrastrukturen mit Sachsen und Bayern?*

Die Tschechische Republik ist mit vollem Recht, was die Höhe der



realisierten ausländischen Direktinvestitionen angeht, als eines der erfolgreichsten Länder (nicht nur) Mittel- und Osteuropas zu bezeichnen. Das tschechische Investitionsanreizgesetz hat zu einem starken Zufluss ausländischer Investitionen in die einheimische Wirtschaft beigetragen. Seit 1993 wurden diese Investitionen in einer Gesamtsumme von fast 37 Mrd. US \$ verzeichnet, wobei die Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von fast 31 % zu den größten Investoren gehören. Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle noch betonen, dass Deutschland seit mehr als zehn Jahren den größten Handels- und Wirtschafts-

partner der Tschechischen Republik darstellt.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts entwickelte sich erfolgreich gerade die regionale, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die vor dem bevorstehenden Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union selbstverständlich immer mehr an Bedeutung gewinnt. Gestatten Sie mir, nur ein paar Beispiele zu nennen, die die bayerisch-tschechische Kooperation betreffen.

Im Jahre 2002 fand zum ersten Mal in Passau die „Drei-Länder-Messe“ statt, bei der sich kleine und mittlere Unternehmen und Handwerker aus Südböhmen, Niederbayern und Oberösterreich gemeinsam präsentierten. Jetzt wird bereits der dritte Jahrgang dieser Messe vorbereitet. Die zuständigen IHK's Niederbayerns, Südböhmens und

Oberösterreichs schrieben ein besonderes Projekt für Unternehmen dieser drei Regionen aus, das unter dem Titel „Best-Business-Award“ veröffentlicht wurde. Vor einem Jahr wurde von diesen drei Regionalkammern die „Grenzüberschreitende Technologieplattform“ ins Leben gerufen. Nach dem Motto „Alleine gut – gemeinsam besser“ müssen grenzüberschreitende Synergien erarbeitet werden, die die Wettbewerbsfähigkeit dieser Regionen im Vergleich zu anderen verbessern würden.

Ähnliche Projekte und Aktivitäten könnte man auch im Falle der gut funktionierenden sächsisch-tschechischen Wirtschaftsbeziehungen

erwähnen. Ich will in diesem Zusammenhang hauptsächlich auf die hervorragende Zusammenarbeit der sächsischen und nordböhmischen IHK's hinweisen, die dabei als Informations- und Kontaktvermittler eine unverzichtbare Rolle spielen und zur Unterstützung der Unternehmen auf beiden Seiten der Grenze einen bedeutenden Beitrag leisten.

Was den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zwischen Tschechien und den Bundesländern Sachsen und Bayern betrifft, ist zu betonen, dass die Tschechische Republik der Fertigstellung der Autobahnverbindungen Prag-Dresden und Prag-Nürnberg bis 2005 ein großes Gewicht beilegt.

*Trotz gut funktionierender Marktwirtschaft gibt es doch einen „wunden Punkt“ in der tschechischen Volkswirtschaft – das Defizit im öffentlichen Haushalt ist groß. Welche Schritte unternimmt Tschechien hier, um langfristig auch die Stabilitätskriterien für den Beitritt zur Euro-Zone zu erreichen ?*

Es stimmt, dass die wachsende Unausgeglichenheit des Staatshaushaltes gegenwärtig ein ernstes Problem in der Tschechischen Republik darstellt. Unsere Regierung hat darum die Durchsetzung der notwendigen strukturellen Reformen - hauptsächlich der Reform der öffentlichen Finanzen – zu ihrer größten Prioritäten erklärt. Ohne diese Reform würde sich nämlich die Höhe des Defizits der öffentlichen Haushalte im Jahre 2006 zwischen 6 % bis 7 % des BIP bewegen. Die Reform hat sich zum Ziel gesetzt, das Haushaltsdefizit bis zum Jahre 2006 auf 4 % und bis zum Jahre 2007 auf

3 % des BIP zu reduzieren. Die von der tschechischen Regierung im Mai d. J. verabschiedete Reform, die im Herbst im Parlament verhandelt werden sollte, rechnet damit, dass die Einsparungen auf der Ausgabenseite des staatlichen Haushalts den Defizitabbau von zwei Dritteln beeinflussen, während ein Drittel des Defizitabbaus die Steuerzahler zu tragen haben. Das Reformpaket der Regierung besteht aus insgesamt zwölf Gesetzentwürfen, die z. B. im Steu-



Prag, Hauptstadt der Tschechischen Republik

erbereich Änderungen der Verbrauch- und Mehrwertsteuer, Körperschaft- und Einkommensteuer beinhalten. Ein wichtiger Bestandteil des Regierungsreformkonzeptes bilden auch die notwendigen Änderungen und Sparmaßnahmen im Renten- und Sozialsystem.

Die Tschechische Republik will künftig der Euro-Zone beitreten und den Euro einführen. Was die Einhaltung der Konvergenzkriterien laut dem Maastrichter Abkommen anbelangt, erfüllt Tschechien gegenwärtig die Kriterien der Preisstabilität, der Konvergenz der Zinssätze und der Gesamtverschuldung. Man erwartet auch keine ernsthaften Probleme mit der Erfüllung des Kriteriums der Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems. Komplizierter ist

aber die Situation – wie bereits geschildert – im Falle des Defizits öffentlicher Haushalte, weil das tatsächliche Defizit im Verhältnis zum BIP jetzt wesentlich über dem Referenzwert von 3 % liegt.

Unsere Regierung ist davon überzeugt, dass die vorgeschlagene Reform die Voraussetzungen zur Erfüllung des Haushaltskriteriums bis 2007 schafft. Nach der Erfüllung des Kriteriums der mindestens zweijährigen Teilnahme am Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems kann man den Beitritt der Tschechischen Republik zur Euro-Zone in den Jahren 2009–2010 für real halten.

*In allen EU-Aufnahmeländern kommen auf die öffentlichen Verwaltungen neue Aufgaben zu, um den Anforderungen nach der Aufnahme in die EU gerecht zu werden. Also u. a. Anpassung an das EU-Recht, zusätzliche Aspekte für die Erfüllung demokratischer Grundsätze, Effektivitätssteigerung der Verwaltung verbunden oft mit deren Dezentralisierung. Welche Vorbereitungen hat Ihr Land getroffen, und welche Schwierigkeiten erwarten Sie noch bei der Verwaltungsreform?*

Die Notwendigkeit einer Reform der öffentlichen Verwaltung ergab sich nicht erst mit dem Vorbereitungsprozess unseres Landes auf den Beitritt zur EU. Sie wurde unmittelbar nach der politischen Wende im Jahre 1989 als erforderlich betrachtet. Eines der Kernstücke dieser Reform war die Reform der Gebietsverwaltung (d. h. die Schaffung 14 höherer Gebiets-selbstverwaltungseinheiten – Bezirke), die eine effiziente Verteilung der Kompetenzen auf den einzelnen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, d.h. Dezentralisierung und auch Dekonzentration, ermöglichte. Flankiert wurde dieser Prozess von der Bildung entsprechender administrativer Kapazitäten, die die Durchsetzung des *acquis*

*communautaire* als Bedingung für den EU-Beitritt ermöglichen.

Ein wichtiger Meilenstein war auch das Gesetz über den öffentlichen Dienst, das nach schwierigen politischen Diskussionen im Mai 2002 durchgesetzt werden konnte und das am 1. Januar 2005 in Kraft tritt. Dieses Gesetz schafft einen spezifischen und umfassenden Rechtsrahmen für den Aufbau einer effektiven, professionellen und politisch unabhängigen öffentlichen Zentralverwaltung. Im Juni 2002 wurde dann das Gesetz über die Bediensteten der höheren Gebiets-selbstverwaltungseinheiten verabschiedet.

Bestandteil der Reform ist auch der Aufbau von Informationssystemen der öffentlichen Verwaltung und die Modernisierung der zentralen Verwaltung (*E-Government*). Die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre bleibt die vollständige Umsetzung der Gesetze und Maßnahmen in die Verwaltungspraxis.

*Die Erfahrungen Ihres Volkes bei den blutigen Niederschlagung des „Prager Frühling“ und, ganz im Gegensatz dazu, bei der unblutigen Revolution gegen die totalitäre Gewaltherrschaft 1989, hat zu neuen Impulsen bei der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Europa geführt. Wie würden Sie das Ergebnis der gegenwärtigen europäischen Debatte zur Schaffung einer Europäischen Verfassung, ausgehend von den speziellen tschechischen Erfahrungen, beurteilen?*

Vielleicht beeinflussen einzigartige Erfahrungen den Charakter eines Volkes, zumindest einige Historiker glauben daran. Wie aber beeinflusst der Prager Frühling und Fall des Totalitarismus unsere Haltung zur Debatte über Europäische Verfassung? Ehrlich, ich weiss es nicht.

**Das Interview führte Jürgen Klocke**

## Nachschlagewerk:

# Die politischen Systeme Osteuropas

Nach dem meist friedlichen Sturz der totalitären Systeme in den Ländern Mittel- und Osteuropas gilt die Transformation dieser Länder mit der Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft vielfach als abgeschlossen. Ausnahme dürften vielmehr nur Staaten wie Weißrussland mit dem Diktator Lukaschenko, Moldawien oder einzelne Balkanstaaten sein.

Gleichwohl ist in allen Staaten, in Südosteuropa, auf dem Balkan, aber auch in den acht EU-Beitrittskandidaten Mittel- und Osteuropas noch soviel in Bewegung, (z. B. die Frage der Reformen im Verwaltungsrecht), dass Information und gesicherte Fakten, gerade für den Neuaufbau von Wirtschafts- und Verwaltungsverbindungen durch Unternehmen aus Deutschland, unerlässlich sind.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Ismayr hat unter Mitarbeit von Markus Soldner und Ansgar Bovet ein umfassendes, zu empfehlendes Nachschlagewerk herausgegeben. Für 21 Länder Mittel- und Osteuropas, darunter die Türkei und Zypern, wird faktenreich die Transformation und Staatenbildung nach 1989 beschrieben. Abgehandelt werden: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Jugoslawien, Lettland, Litauen, Makedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine, Ungarn, Weißrussland, Türkei sowie die beiden Systeme auf Zypern.

Dabei ist wichtig und für Nachschlagewerke dieser Art durchaus nicht immer selbstverständlich, dass die im Vorwort beschriebene Systematik in den einzelnen Länderbeschreibungen durchgehalten werden. Es handelt sich um die Themen: Staatenbildung und Sys-

temtransformation, Verfassungs-entwicklung und Verfassungsprinzipien, Staatspräsident, Parlament, Regierung und Verwaltung, Gesetzgebungsprozess, Parteiensysteme und innerparteiliche Willensbildung, Interessenverbände und Interessensvermittlung, Massenmedien, Politische Kultur/politische Partizipation, Rechtssystem



Verlag Leske und Budrich, Opladen 2002, 916 S., 39,90 €, ISBN 3-8100-2375-2

tem und Verfassungsgerichtsbarkeit, Regional- und Kommunalpolitik, Internationale Beziehungen und Europapolitik.

Durch die stringent eingehaltene Länderkapitelgliederung können einzelne Fragestellungen durch den Leser schnell gefunden werden, auch ein Ländervergleich ist rascher möglich. Informationen zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie zum Stand der ökonomischen Entwicklung, ein Literaturverzeichnis sowie wichtige Internetadressen sollen dem Leser die Informationssuche insbesondere zu Wahlen, Regierungsbildungen und Verfassungsänderungen zusätzlich erleichtern.

(jk)